

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/20

28. Januar 1977

Nur demagogische Pflichtübungen der Union

Die CDU/CSU verzichtet auch in der Wirtschaftspolitik
auf Alternativen

Von Helmut Lenders MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Wirtschaft der SPD-Bundestags-
fraktion

Seite 1 und 2 / 51 Zeilen

Die Union ist schlecht informiert

Wir fliehen nicht aus der jugendpolitischen Verantwor-
tung

Von Fred Zender MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 3 / 34 Zeilen

Die Nägel genau auf die Köpfe getroffen

Vom Godesberger Partairat '77 können Impulse ausgehen

Seite 4 / 32 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 406
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 35/39
Telex: 08 68 648-48 ppbm d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 6611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Nur demagogische Pflichtübungen der Union

Die CDU/CSU verzichtet auch in der Wirtschaftspolitik auf Alternativen

Von Helmut Lenders MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Wirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Die hinter uns liegende Debatte zur Regierungserklärung und die jüngsten Erklärungen von Unionspolitikern haben schmerzlich deutlich werden lassen, daß die Opposition auch im 8. Deutschen Bundestag auf konstruktive Alternativen verzichtet. Insbesondere gilt dieses für den hier interessierenden Bereich der Wirtschaftspolitik.

Die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik - diese Tatsache konnte nicht widerlegt werden - ist nach Übereinstimmender Meinung aller Sachverständigen gekennzeichnet durch den typischen "Vorlauf" des Wachstums, der sinkenden Preissteigerungsraten und der sich damit langsam verbessernden Kapazitätsauslastung. Die Aussicht auf ein auch befriedigendes Wachstum im Jahre 1977 hängt allerdings ab von einem immer enger werdenden parallelen weltwirtschaftlichen Handeln der wichtigsten Industrienationen. Unbestreitbar bleibt die Kehrseite des Vorlaufs wichtiger Indikatoren: die noch immer äußerst unbefriedigende gesamtwirtschaftliche Beschäftigungssituation. Hier hätte man gerne Ratschläge und Empfehlungen einer kritischen und wachsamem Opposition gehört. Aufklärung etwa zur Frage, ob dieses Ausmaß an Arbeitslosigkeit noch immer konjunkturell bestimmt ist, folglich durch einige weitere Aufschwungjahre gelöst werden kann, oder eben doch strukturelle Verwerfungen den Arbeitsmarkt weithin unsensibel für Maßnahmen der Globalsteuerung werden lassen.

Nun wäre es für den Bürger von Interesse, von der Opposition zu erfahren, ob das von der Bundesregierung vorgestellte Investitionsprogramm in seiner zeitlichen Terminierung, in der finanziellen Größenordnung und in seiner Ausgestaltung angemessen und vertretbar ist. Es hätte den Bürger

- ebenso wie die verantwortlichen Regierungspolitiker - darüber hinaus interessiert, ob zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik zusätzlich kurzfristige wirksame Konjunkturprogramme zu empfehlen seien oder nicht, ob mithin die klassischen Rezepte der Nachfragebelebung in der speziellen deutschen Konjunktursituation angemessen sind oder nicht. All dies bleibt von der Opposition ungesagt.

Stattdessen gab es nur demagogische Pflichtübungen der CDU/CSU-Fraktion, Schwarzmalerei und verzerrende Darstellung der Realität einerseits und das sich Drücken von der drängendsten Aufgabe der Wirtschaftspolitik andererseits lassen die Regierung und die sie tragenden Koalitionsparteien allein in ihrem Bemühen um eine Lösung der Beschäftigungsprobleme. Der Bundeskanzler hatte Anlaß, auf erste sichtbare Erfolge der Verabredungen des letzten Weltwirtschaftstages in Puerto Rico hinzuweisen: Noch nie in der Geschichte der Weltwirtschaft haben die drei wichtigsten Welthandelnationen zur selben Zeit im Ansatz, in der Methode und im Ausmaß eine ähnlich gleichgerichtete Konjunkturpolitik betrieben wie zu Beginn des Jahres 1977. Das von Präsident Carter verkündete 30 Milliarden-Dollar-Programm, die Maßnahmen zur Konjunkturanhebung in Japan und das in Angriff genommene öffentliche Investitionsprogramm zur wachstumspolitischen Vorsorge in der Bundesrepublik Deutschland zeigen, daß alle drei Länder die gleiche Verantwortung für die Weltkonjunktur verspüren.

Es ist natürlich auch einfacher, eine unverbindliche Philosophie ordnungspolitischer Schattenspiele aufzuführen. Dem arbeitssuchenden Bürger in unserem Lande nützt diese jedoch wenig. Eine Opposition, die Verantwortung für das Ganze fühlt, darf sich nicht mit theoretischen Überlegungen, die noch dazu auf einer falsch dargestellten Wirklichkeit aufbauen, aus der Verantwortung stellen.

(-/28.1.1977/va/1a)

+ + +

Die Union ist schlecht informiert

Wir fliehen nicht aus der jugendpolitischen Verantwortung

Von Fred Zander MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Der CDU/CSU-Abgeordnete Kroll-Schlüter hat im DUD vom 21. Januar 1977 der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem 4. Jugendbericht Pflichtverletzung vorgeworfen. Dazu ist folgendes richtigzustellen: Die Bundesregierung hat im Mai 1972 die Sachverständigenkommission zur Erstellung des 4. Jugendberichtes berufen und ihr den Auftrag erteilt, zum Thema "Sozialisationsprobleme der arbeitenden Jugend in der Bundesrepublik Deutschland - Konsequenzen für Jugendhilfe und Politik" einen Bericht zu erstellen. Damit war die Bundesregierung ihrer in § 25 Jugendwohlfahrtsgesetz verankerten gesetzlichen Pflicht zur Berufung einer Sachverständigenkommission rechtzeitig nachgekommen.

Der Kommissionsauftrag enthielt die Auflage, den Bericht Ende 1974 der Bundesregierung vorzulegen, um sofort anschließend die ebenfalls in § 25 JWG vorgesehene Stellungnahme erarbeiten zu können.

Die Bundesregierung hat die Verzögerung der Vorlage des Berichts nicht zu vertreten. Vielmehr ist es der Sachverständigenkommission nicht gelungen, diesen Termin auch nur annähernd einzuhalten. Bei dieser Kommission handelt es sich um ein unabhängiges Sachverständigen-gremium.

Trotz der Bereitstellung zahlreicher Arbeitshilfen, trotz mehrfachen intensiven Drängens der Bundesregierung und trotz der in der Öffentlichkeit wegen der Verzögerung des Abschlusses des Berichts vorgebrachten Kritik hat die Kommission den vorgegebenen Termin um nahezu zwei Jahre überschritten. Dieser Sachverhalt wurde dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat bereits im März 1976 mitgeteilt und ausführlich begründet.

Im Übrigen ist es absurd und reine Polemik, wenn der Unions-Abgeordnete Kroll-Schlüter behauptet, die Verzögerung der Vorlage des Berichts deute darauf hin, daß die Bundesregierung aus der Verantwortung fliehe. Unsere Aktivitäten, gerade auch auf jugendpolitischem Gebiet, beweisen das Gegenteil. Ich will hier nur erinnern an die Programme zur Bekämpfung der Jugend- arbeitslosigkeit, des Jugendalkoholismus, der Drogensucht und der Jugend- kriminalität, die auch der CDU/CSU hinreichend bekannt sein dürften.

Die Stellungnahme der Bundesregierung zu dem 4. Jugendbericht wird zur Zeit erarbeitet. Einer verantwortungsbewußten Opposition müßte daran gelegen sein, daß dies sorgfältig geschieht, damit dann auch darüber fundiert politisch getritten werden kann. (~/28.1.1977/bgy/lo)

+ + +

Die Nägel genau auf die Köpfe getroffen

Vom Godesberger Parteirat '77 können Impulse ausgehen

Zu behaupten, die Sozialdemokraten hätten auf ihrem kleinen Parteitag in Bad Godesberg wieder voll Tritt gefaßt, wäre sicherlich überzogen. Andererseits wurden aber auch jene Propheten enttäuscht, nach denen die SPD - geschwächt durch das knappe Wahlergebnis und gebeutelt vom Hin und Her um die Renten - am Anfang eines Tiefs stehen, dessen Talsohle noch nicht abzusehen ist. Richtig ist vielmehr, daß vom Godesberger Parteirat '77 zweifelsfrei Impulse ausgehen können und aufgegriffen werden müssen, um der etwas blutleer gewordenen SPD wieder Kraft zur Bewältigung neuer Aufgaben zu geben.

Nun macht eine Schwalbe noch keinen Sommer, und eine gut abgeschlossene Sitzung des SPD-Parteirates bedeutet noch lange nicht, daß die tiefen Wunden im Fleisch der Partei schon gänzlich verheilt wären. Godesberg hat aber Rezepte geliefert.

Der sozialliberalen Bundesregierung hat die Godesberger Veranstaltung gezeigt, daß ihre Regierungserarbeit von einer kritischen Partei entschlossen mitgetragen wird, daß sie aber auch eigene Vorstellungen zu den Fragen unserer Zeit entwickelt; Vorstellungen, die nicht immer deckungsgleich sein müssen mit dem, was die Bundesregierung aufgrund vielfältiger Zwänge anbieten kann oder muß.

Die über eine Million Mitglieder der SPD wissen endlich, daß das Ende des Wahlkampfes nicht zugleich der Beginn einer langen Ausruhphase sein darf. Die Hauptredner des Godesberger Parteirates '77 haben ihrer Partei vielfältige Signale gegeben. Sie haben eine ganze Reihe von Nägeln genau auf die Köpfe getroffen. Ihre Worte von der Bürgernähe bis hin zur verständlichen Sprache sind nicht Appell, sondern feste Entschlossenheit. Das war zu spüren. Und wenn der neue Bundesgeschäftsführer Egon Bahr seiner Partei mitten in einer Phase der Lethargie das neue alte Thema vom gleichen Lohn bei gleicher Arbeit auf den Buckel packt, dann wird deutlich, daß die SPD und ihre Wähler nicht nur von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung die Durchsetzung sozialdemokratischer Politik erwarten, sondern daß Millionen Sozialdemokraten sozialdemokratisch handeln.

Helmut G. Schmidt
(-/28.1.1977/va/ben)

+ + +